## Pressemitteilung



Kiel. 21. Mai 2015

Nr. 145 /2015

## Martin Habersaat:

## Mehr Zusammenarbeit für mehr Inklusion bleibt gemeinsames Ziel

Zur heutigen Pressekonferenz der Landes-Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände Schleswig-Holstein e. V., auf der mehr Kooperation im Bereich der schulischen Inklusion angemahnt wurde, erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

Die unterschiedlichen rechtlichen und finanziellen Zuständigkeiten für Schule und Inklusion sind keine bürokratische Willkür der Landesregierung, sondern Ergebnis des Verfassungsrechts auf Bundes- und Landesebene, das wir nicht eben mal schnell durch Vereinbarung ändern können. Die Gespräche zwischen dem Land, den Kreisen und den Städten sowie Gemeinden über die künftigen Schulassistentinnen und Schulassistenten haben gezeigt, dass es mit bloßen Good-Will-Erklärungen nicht getan ist.

Das Modell der LAG hat einen wesentlichen Mangel: Es beantwortet die Frage nach zusätzlichem Finanz- und Personalbedarf nicht.

Wir danken aber der LAG und ihren Mitgliedsverbänden, dass sie sich konstruktiv an der Diskussion um die Umsetzung des Inklusionskonzepts der Landesregierung beteiligen. Auch aus unserer Sicht ist es sinnvoll, dass die mitunter komplizierten Strukturen der Eingliederungshilfe überschaubarer werden. Das Ziel einer gemeinsamen Stelle vor Ort, bei der Eltern und Kinder Beratung und Unterstützung erhalten können, teilen wir. Eine Umsetzung innerhalb weniger Wochen wird nicht möglich sein.